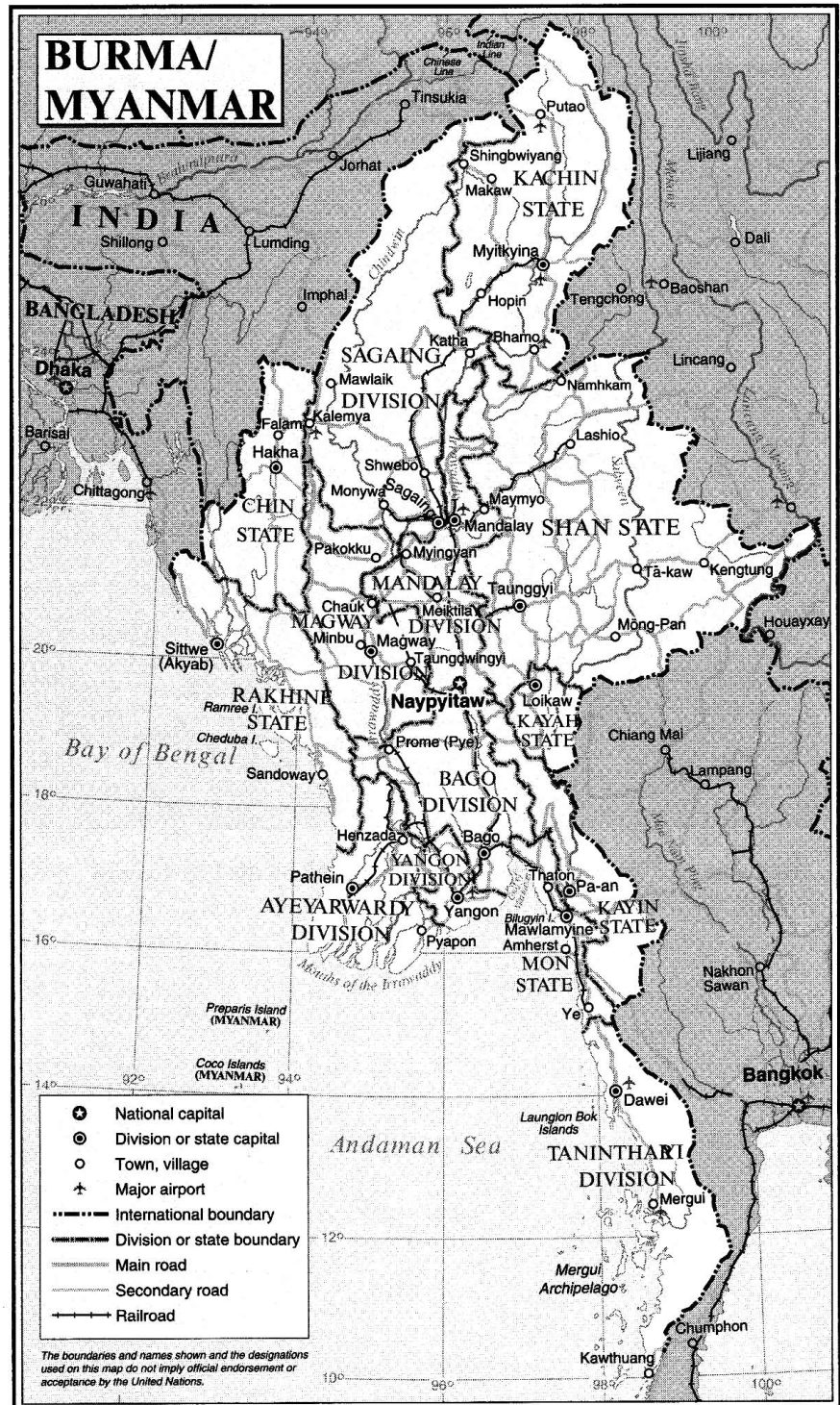


Burma/Myanmar von 1885 bis heute

Am 16. September war im Songtsen House der Dokumentarfilm "Burma VJ" zu sehen, der zeigt, wie 2007 mutige Mönche gegen das repressive burmesische Regime zu demonstrieren begannen und ebenso couragierte Videojournalisten die Proteste filmisch dokumentierten, um der Welt zu zeigen, was in ihrem Land vorging. Hier möchten wir die Geschehnisse vom Herbst 2007 in einen Kontext stellen. Wir stützen uns dabei vor allem auf das Buch "Burma/Myanmar, what everyone needs to know" des Asienspezialisten David I. Steinberg.

Burma grenzt im Osten an Thailand, Laos und China, im Westen an Indien und Bangladesh. Es ist das grösste Binnenland Südostasiens. Die ethnischen Burmanen, die vor allem in Zentralburma leben, machen zwei Drittel der Gesamtbevölkerung von etwa 53 Millionen aus; der Rest sind Angehörige diverser Ethnien wie der muslimischen Rohingya, der Chin, Kachin, Shan, Kayah, Karen, Mon und Pa-O. Viele führten oder führen einen bewaffneten Kampf gegen die Zentralregierung. Burma ist reich an Bodenschätzen wie Erdöl, Erdgas, Teak, Edelsteinen, Kupfer und anderen Erzen. Trotzdem ist es eines der ärmsten Länder der Welt, gebeutelt von verbreiteter Bedürftigkeit und Mangelernährung, einer zunehmenden Schere zwischen Arm und Reich, grassierender Korruption, zerfallender Infrastruktur und hoher Kindersterblichkeit, die noch durch Katastrophen wie dem Wirbelsturm Nargis (2008) verstärkt werden. Aus Furcht vor Studentenprotesten bleiben Universitäten monatelang geschlossen. Bildung gibt es nur privat gegen Bezahlung, weniger als ein Drittel der Kinder schliesst die Grundschule ab.

Die Militärjunta benannte 1989 das Land Burma (von burmesisch "Bamah", Burmanen) in Myanmar um, angeblich, weil der vorherige Name koloniales Erbe sei. Die Opposition, die die Legitimität der Militärregierung bestreitet, lehnt den Namenswechsel ab.



Die Militärjunta benannte 1989 das Land Burma (von burmesisch "Bamah", Burmanen) in Myanmar um, angeblich, weil der vorherige Name koloniales Erbe sei. Die Opposition, die die Legitimität der Militärregierung bestreitet, lehnt den Namenswechsel ab.

Kolonialzeit

Bis 1885 eine Monarchie mit starkem Einfluss des buddhistischen Klerus, war Burma von 1885 bis 1945 eine britische Kolonie, bis 1935 nominell eine indische Provinz. Die Briten banden den politischen Einfluss der buddhistischen Geistlichen zurück und besetzten die Verwaltungsposten vor allem mit Indern. Der Handel wurde von Indern, später auch von Chinesen dominiert, während grosse Firmen meist in europäischer Hand waren. Unter britischer Herrschaft wurde die Infrastruktur ausgebaut und im Delta des Flusses Irrawaddy der Sumpf in ein fruchtbares Reis-anbaugebiet umgewandelt, aus dem Reis exportiert werden konnte. Das respektlose Verhalten der Briten gegenüber dem Buddhismus führte dazu, dass in den dreissiger Jahren die aufkeimende Nationalbewegung vom buddhistischen Klerus unterstützt wurde.

Im 2. Weltkrieg wurde Burma von Japan besetzt. Während Angehörige von Minderheiten wie die Karen häufig hinter der Front als Guerillakrieger gegen die japanischen Besatzer kämpften, schlossen sich die burmesischen Truppen unter Männern wie Aung San und Ne Win bis zum Jahr 1945 im Kampf gegen die Briten den Japanern an. Der 2. Weltkrieg brachte durch die Kampfhandlungen und eine Politik der verbrannten Erde riesige Zerstörungen mit sich. Erst 1980 war der Lebensstandard in Burma mit den Vorkriegsjahren wieder vergleichbar.

Unabhängigkeit

Aung San (1911–1947) handelte 1945 mit den Briten die Unabhängigkeit Burmas aus. Er war allgemein akzeptiert, auch von den Minderheiten, die zum Teil Unabhängigkeit dem Verbleib in der "Union of Burma" vorgezogen hätten. Aung San hatte die Vision einer sozialistischen Demokratie mit Einparteienlösung. Nach seiner Ermordung 1947 wurde U Nu (1907–1995) Ministerpräsident. Die regierende AFPFL ("Antifaschistische Volks- und Freiheitsliga") setzte sich aus Exponenten verschiedener Herkunft zusammen, die jeweils ihre eigene Gefolgschaft hatten, was zu Spannungen führte. 1958 spaltete sich die AFPFL und ein Bürgerkrieg drohte, so dass das Militär kurz vor einer Intervention stand; U Nu handelte eine vorübergehende Machtübernahme durch das Militär aus, die eineinhalb Jahre dauerte. 1960 wurde U Nu wieder zum Ministerpräsidenten gewählt.

Während der ganzen Zeit zwischen 1945 und 1962 war die Armee (burmesisch Tatmadaw) präsent und sehr erfolgreich. Aufstände von Kommunisten und die Karen-Rebellion wurden unterdrückt und die Kuomintang, die aus China in das Gebiet der Shan eingefallen waren, besiegt. Zwischen 1958 und 1960 trieben sie die Wirtschaft voran, stellten in den Städten die Ordnung wieder her und beseitigten die Korruption. Obwohl nicht demokratisch gewählt, schienen sie ein Modell für eine Staatsform etabliert zu haben, das auch ausserhalb Burmas Zuspruch fand. Während dieser Zeit machte die militärische Führung die Erfahrung, dass sie durchaus imstande war, Burma zu regieren.

Militärherrschaft

Den Ausschlag für den Putsch gaben die Sezessionsabsichten einiger Minderheitenvölker, die sich auf ihre in der Verfassung von 1947 garantierten Rechte beriefen. Das Militär übernahm, um die Einheit des Landes zu retten, am 2. März 1962 die Macht. An der Spitze des siebzehnköpfigen Revolutionsrats, dem ausschliesslich Militärs angehörten, stand der autokratische General Ne Win (1910–2002). Unter seiner Herrschaft wurde Burma



Bild DR

in "Sozialistische Burmesische Union" umbenannt. Unternehmen wurden verstaatlicht, ausländische Firmen (bis auf eine) enteignet, die Gewaltentrennung wurde aufgehoben, Soldaten in die Minderheitengebiete entsandt, Proteste (besonders von Studenten) blutig unterdrückt, und das Land schottete sich gegenüber dem Ausland ab, was auch negative wirtschaftliche Folgen hatte. Plötzliche Kehrtwenden der Regierung richteten grossen wirtschaftlichen und politischen Schaden

an. Nach einer fünf Tage dauernden Marktöffnung erklärte das Militär 1987 alle Banknoten im Wert von über gut 2 Dollar für ungültig und vernichtete damit auf einen Schlag zwei Drittel des Geldes im Besitz der Burmesen. Darauf stieg der Preis von Reis an, gleichzeitig wuchs die Unzufriedenheit mit dem Regime. Landesweite Demonstrationen waren die Folge, und in kurzer Abfolge wurde das Staatsoberhaupt ausgewechselt. Chaos, angeblich angestiftet durch General Ne Win, brach aus, was dem Militär einen Grund lieferte, ein weiteres Mal zu putschen, wobei an die 300 Menschen ums Leben kamen. Das Massaker an friedlichen Demonstranten am 8.8.88 überstieg die Ausmasse von Tiananmen neun Monate später.

Seit 1988 ist der "Staatliche Gesetzes- und Ordnungswiederherstellungs-Rat" (SLORC, 1997 in "Staatlicher Friedens- und Entwicklungs-Rat" SPDC umbenannt) an der Macht. Ein fünfköpfiges Gremium von Generälen übernahm die Macht. Das Land öffnete sich wirtschaftlich und ausländische Firmen wurden ermutigt, in Burma zu investieren; die Regierung vergab Öl- und Teak-Konzessionen. Um das Volk zu besänftigen, leitete die Junta Wahlvorbereitungen in die Wege, für die alle Parteien zugelassen waren. Unter den 235 Parteien war auch die Nationale Liga für Demokratie NLD mit der 1988 nach Burma zurückgekehrten Tochter Aung Sans, Aung San Suu Kyi, als Sekretärin. Wegen "versuchter Spaltung der Armee" wurde sie 1989 unter Hausarrest gestellt und blieb dort, mit wenigen Unterbrüchen, bis 2009. Das Resultat der Wahlen von 1990 war für die Junta ein Schock: 80% der Sitze fielen an die NLD. Das Militär, besorgt um seine Macht und mögliche Gerichtsverfahren fürchtend, weigerte sich, das unerwartete Wahlergebnis umzusetzen. Spätere Plebiszite waren besser "vorbereitet": Die neue Verfassung wurde 2008 mit weit über 90% Ja-Stimmen angenommen, die Wahlen 2010 endeten mit einem haushohen Sieg der Junta.

2006 verlegten die Militärs die Hauptstadt von Rangun nach Naypyidaw (burmesisch: königliche Hauptstadt). Die Gründe mögen astrologischer, symbolischer (Rangun war die Hauptstadt unter britischer Herrschaft) oder strategischer Art (der Ort ist abgeschieden und schwer erreichbar) gewesen sein.

Die "Safranrevolution"

Der unmittelbare Auslöser der Proteste vom Herbst 2007 – der so genannten "Safranrevolution" – war die Erhöhung der Benzinpreise. Die Mönche wussten um die miserable ökonomische Lage der Bevölkerung, und nach der Niederschlagung eines ersten Protestes marschierten durch Rangun, flankiert durch Jugendliche. Als der zunächst stille Protest eine politische Färbung erhielt, griff das



Bild Internet

Militär brutal ein. Erstmals in der Geschichte Burmas wurden die Übergriffe filmisch dokumentiert und waren auf den Fernsehschirmen in aller Welt zu sehen. Der Protest der Mönche war umso erstaunlicher, als die Junta versucht hatte, durch eine Hierarchisierung (unter der Aufsicht der Regierung) und die Registrierung aller Mönche Kontrolle über den Klerus zu gewinnen. 71% der Burmesen sind Buddhisten, der Buddhismus spielt im Alltag eine grosse Rolle, Mönche geniessen ein hohes Prestige. Der Buddhismus nahm in der Politik Burmas schon lange eine wichtige Funktion ein: im Königreich, in der Unabhängigkeitsbewegung, beim Wahlgewinn von U Nu 1960. Selbst die herrschenden Militärs, die einen säkularen Staat propagieren, zeigen sich gern als edle Spender; das Farbfernsehen, so geht ein Bonmot, sei in Burma ein Grün-Gelb-Fernsehen, dominiert von Bildern von Militärs und Mönchen.

Burma heute

Die Menschenrechtslage werden seit 1988 mit Füßen getreten: Politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte sind massiv eingeschränkt. Gerichtsverfahren, falls sie überhaupt stattfinden, sind geheim, Gefängnisstrafen extrem lang, die Zustände in den Gefängnissen unzumutbar und Folter an der Tagesordnung. Nebst den geschätzten 2100 politischen Gefangenen werden

unzählige verdächtige Personen und deren Familien überwacht. In den Grenzgebieten werden Dorfbewohner zu Trägerdiensten für die Armee gezwungen und Dörfer niedergebrannt. Die Verpflichtung zum unentgeltlichen Arbeitseinsatz, sprich: zur Zwangsarbeit, stammt aus der Zeit der verachteten britischen Kolonialherren. Die Freilassung von Aung San Suu Kyi 2009 und ihr kürzlich auf der Frontseite einer Zeitung abgedruckte Bild (links, mit Staatschef Thein Sein) lassen



auf eine Verbesserung der Zustände hoffen, doch vermuten einige Beobachter, dass sich die Junta bloss im Hinblick auf ein Präsidium der Asean, deren Mitglied Burma seit 1997 ist, in einem guten Licht zeigen möchte. Eine Waffe des Volkes ist der Humor, wie der folgende Scherz des Komikertrios "Moustache Brothers": Geht ein Burmese zum Zahnarzt in Thailand. 'Warum kommen Sie denn zu mir, haben Sie denn keine eigenen Zahnärzte in Burma?', fragt der. 'Doch, aber wir dürfen den Mund nicht aufmachen.' (Anmerkung: Thailand ist das wichtigste Exilland der Burmesen.)

Ein Blick auf das politische System

In seinem Buch setzt David Steinberg die politische Situation Burmas in Beziehung zur Geschichte und zur burmesischen Kultur. Schon in der Königszeit war die Macht in einem Zentrum vereint, ähnlich dem Berg Meru als Zentrum des Universums. (Dabei wird zwischen Macht als Möglichkeit zur Zwangsausübung und Macht als moralische Autorität unterschieden.) Macht wird traditionellerweise nicht als vermehrbar, sondern als endlich betrachtet. Deshalb bedeutet ein Teilen der Macht immer einen Machtverlust für die Führungsperson. Als Folge davon gilt Loyalität nicht einer Institution, sondern einer Person, deren Machtanspruch sich durch ein gutes Karma legitimiert. Das führt zu einem instabilen politischen System. Personengebundene Politik ist wichtiger als institutionalisiertes Recht: was gestern erlaubt war, kann heute illegal sein. Das Klientelwesen führt zu einem Misstrauen gegenüber jedem, der nicht zum eigenen Kreis gehört: Wer nicht für mich ist, ist für einen Anderen, somit gegen mich. Deshalb misstrauen die Militärs der Zivilbevölkerung und die burmesische Regierung dem Ausland. Da die auf der einen Seite die Gefolgschaft, andererseits aber auch die Oberen bei Laune gehalten werden müssen und die Löhne sehr tief sind, ist Korruption die Folge. Das Patron-Klienten-System ist von einer traditionell starken Hierarchisierung gekennzeichnet, die sich unter der Militärregierung noch verstärkt hat. Die Erhaltung der Macht ist an einen restriktiven Umgang der Machthaber mit Information gebunden. Da umgekehrt Untergebene es nicht wagen, schlechte Nachrichten zu überbringen, sind die Herrschenden auch nicht über die realen Zustände im Land informiert. Daraus resultieren Fehleinschätzungen (die beispielsweise zum für die Militärs völlig überraschenden Wahlergebnis 1988 führten) und eine abstruse Propaganda. So wurde für das Jahr 2007 eine Wirtschaftswachstumsrate angegeben, die das Vierfache der Schätzung durch unabhängige Ökonomen betrug.

Manche Burmesen behaupten, George Orwell habe nicht nur ein Buch über Burma geschrieben ("Tage in Burma", in der Kolonialzeit spielend), sondern gleich drei: "Farm der Tiere", wo im sozialistisch geprägten Bauernhof die einen Tiere etwas gleicher sind als die anderen, widerspiegeln die Zeit nach 1962, und die Dystopie "1984", in Burma verboten, brauchten die Burmesen gar nicht zu lesen, denn sie erlebten die Herrschaft des "Big Brother" tagtäglich am eigenen Leib.